

DER LANGE MARSCH IN DIE VI. REPUBLIK

Frankreich vor den Wahlen des Jahres 2007

Winfried Veit

In Frankreich werden im Frühjahr 2007 ein neuer Präsident und ein neues Parlament gewählt. Die aussichtsreichsten Kandidaten für das Präsidentenamt sind die Sozialistin Ségolène Royal, womit erstmals eine Frau ernsthafte Anwärterin auf das höchste Staatsamt ist, und der konservative Innenminister Nicolas Sarkozy. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Positionierung der Präsidentschaftsbewerber bestimmte weitgehend das politische Geschehen des Jahres 2006 und lähmte die Gestaltungskraft der politischen Akteure. Dazu trug auch die monatelange soziale Massenbewegung gegen den von der Regierung de Villepin eingeführten „Ersteinstellungsvertrag“ im Frühjahr 2006 bei, die einmal mehr die Grenzen der Reformfähigkeit Frankreichs demonstrierte. Aber bereits seit dem 29. Mai 2005, als die Franzosen den europäischen Verfassungsvertrag ablehnten und verstärkt seit den Vorstadtunruhen im Herbst desselben Jahres, befindet sich das Land in einem eigenartigen Schwebestadium. Beide Ereignisse sind bei weitem noch nicht aufgearbeitet und werden auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen. Mit der Wahl eines neuen Staatsoberhauptes geht auch die Ära von Präsident Jacques Chirac zu Ende, der in seiner zwölfjährigen Amtszeit nicht wenig zum Ansehensverlust des höchsten Staatsamtes beigetragen hat. Das Misstrauen der Bürger in die politischen Institutionen ist so groß wie nie zuvor; der Ruf nach einer „neuen Republik“ wird lauter.

Was bleibt von der V. Republik?

Ségolène Royal spricht von einer „neuen Republik“, Nicolas Sarkozy gar von einem Dreiklang „neuer Staat, neue Nation, neue Republik“. Ohne sich vollständig vom System der V. Republik zu distanzieren, nimmt man doch in gewisser Weise Abstand von den diskreditierten Institutionen und Praktiken, vor allem der letzten Jahre unter Chirac. Dieser hat nach fünf bitteren Jahren der *Cohabitation* mit dem sozialistischen Premierminister Lionel Jospin seit seinem Wahlsieg 2002 die Entscheidungsgewalt an sich gerissen und bestimmt von Gesetzesinhalten bis hin zur

Besetzung von Posten in der Verwaltung, der (Staats-) Wirtschaft und den staatlichen Medien. „Noch niemals“, schreibt der Politologe Alfred Grosser, „hat ein Präsident die Autorität des Premierministers so sehr durch seine eigene ersetzt, wie dies Jacques Chirac mit Jean-Pierre Raffarin getan hat“ (Raffarin war Premierminister von 2002-2005, bis er durch den nicht weniger glücklosen früheren Außen- und Innenminister Dominique de Villepin ersetzt wurde). Damit aber setzt Chirac auch die Autorität des höchsten Staatsamtes aufs Spiel; das verlorene europäische Verfassungsreferendum im Frühjahr 2005 geht wesentlich zu seinen Lasten, ebenso wie die Wahlniederlage der regierenden

Rechten bei den Regional- und Europawahlen des Jahres 2004. Im Frühjahr 2006, als Millionen Franzosen, vor allem Schüler und Studenten, aus Protest gegen den „Ersteinstellungsvertrag“ auf die Straße gingen, lieferte Chirac eine weitere Kostprobe seiner „Staatskunst“: Zunächst hielt er seinem Premierminister de Villepin gegen den Widerstand selbst der Regierungsfraktion wochenlang die Stange, dann – als dieser mit Brachialgewalt im Parlament die umstrittene Regelung durchgesetzt hatte – schreckte Chirac vor dem Ausmaß der öffentlichen Proteste zurück und unterschrieb zwar das Gesetz, aber mit der Ankündigung, daß wesentliche Teile davon nicht in Kraft treten würden. Ebenso verheerend auf die öffentliche Meinung wirkte sich sein Dauerstreit mit seinem innerparteilichen Rivalen Sarkozy aus, dessen Kandidatur er bis zuletzt mit allen Mitteln verhindern wollte, nachdem dieser im November 2004 gegen den Willen des Präsidenten den Vorsitz der Regierungspartei UMP (Union pour un Mouvement Populaire) an sich gerissen hatte.

Diese Streitereien an der Staatsspitze verstärken die Malaise der Bürger, die sich ohnehin schon von Globalisierung und damit einhergehender sozialer Deklassierung bedroht fühlen. „Die Krise der französischen Demokratie ist flagrant“, konstatierte *Le Monde* im Mai 2006 anlässlich eines Seminars über „die Pannen der französischen Demokratie“. Neben einem auch in anderen Ländern zu beobachtenden wachsenden Desinteresse der Bürger an politischem und sozialem Engagement wurde dabei als spezifisch französisches Phänomen eine Schwächung der politischen Institutionen festgestellt. Dies trifft gerade auch auf das Präsidentenamt zu, wenn – wie bei den letzten Wahlen 2002 geschehen – der Amtsinhaber (Chirac) in der ersten Runde nicht einmal zwanzig Prozent der Stimmen erhält oder wenn die im Parlament vertretenen Parteien gerade einmal 45 Prozent der Wahlberechtigten repräsentieren. Schlimmer noch: es zeugt von einer flagranten Missachtung des Gesetzes durch höchste Staatsinstanzen, wenn nur 35 Prozent der vom Parlament verab-

schiedeten Gesetze auch mittels Dekret in Kraft gesetzt werden.

Diese Schwächung der Institutionen hat natürlich auch mit den Persönlichkeiten zu tun, die die höchsten Staatsämter bekleiden. Aber sie ist auch schon im System der V. Republik angelegt, das die Instabilität der Parteienherrschaft in der III. und IV. Republik verhindern wollte und dies so erfolgreich tat, daß ein Übermaß an Stabilität und Mehrheit schließlich zu Machtmissbrauch, Korruption und Abnutzung führte. Letztlich war die Verfassung von 1958 auf den General Charles de Gaulle zugeschnitten, der 1962 auch die Direktwahl des Präsidenten durchsetzte und der diese Wahl als die „Begegnung eines Mannes mit dem Volk“ ansah und nichts mehr verachtete, als die Einmischung von Parlament und Parteien. Damit war der Weg frei für eine Bipolarisierung und Präsidentialisierung des Parteiensystems; der Präsident war und ist die zentrale Figur im Gefüge der V. Republik und das Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen sorgt auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung in der Regel für klare Mehrheiten.

Der starken Stellung des Präsidenten entspricht die untergeordnete Rolle des Parlaments. Politikwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von einem „rationalisierten Parlamentarismus“, in dem nicht das Parlament sondern die Regierung das Gesetzgebungsverfahren dominiert. Dieser Vorrang kommt unter anderem im Artikel 49 Absatz 3 der Verfassung zum Ausdruck, der die Abstimmung über eine Gesetzesvorlage mit der Vertrauensfrage verbindet. Da für ein Misstrauensvotum die Mehrheit aller Parlamentsmitglieder notwendig ist und die Regierungsparteien kaum die eigene Regierung stürzen werden, ist dieser Artikel eine äußerst scharfe Waffe in der Hand der Regierung, mit der diese im übrigen auch ein von der Opposition in die Länge gezogenes Gesetzgebungsverfahren abkürzen kann. Genau dieses Verfahren wandte Premierminister Dominique de Villepin im Frühjahr 2006 an, um eine Lockerung des Arbeitsmarktes in Gestalt des „Ersteinstellungsvertrages“ durchzusetzen. Damit stachelte er erst Recht den

Widerstand der hauptsächlich jugendlichen Demonstranten an, zu deren Gunsten das Gesetz eigentlich gedacht war – nämlich durch eine Flexibilisierung und staatliche Beihilfen vor allem den kleineren Unternehmen die Scheu vor Einstellungen zu nehmen. Das von der Opposition heftig kritisierte „undemokratische“ Verfahren macht eine weitere Problematik des französischen politischen Systems deutlich: da die parlamentarische Opposition (und das Parlament insgesamt) so schwach ist, verlagert sich der Widerstand auf die Straße und wird damit unkontrollierbar. Die vermeintliche Stärke des Systems wird damit zur Schwäche, denn nicht zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik sahen sich Regierung und Präsident gezwungen, dem Druck der Straße nachzugeben und die zentralen Teile des im Parlament durchgepeitschten Gesetzes außer Kraft zu setzen.

Aber der Artikel 49,3 – von dem Politologen Olivier Duhamel einmal als „herausragendes Symbol der Unterdrückung des Parlaments“ bezeichnet – ist nur ein Merkmal der parlamentarischen Schwäche in Frankreich. Die Nationalversammlung verfügt nur über eine begrenzte, in der Verfassung festgelegte Zahl von ständigen Ausschüssen (6) und sie kann auch nur begrenzt über ihre Tagesordnung verfügen. Die „prioritäre Tagesordnung“ wird von der Regierung festgelegt, das Parlament selbst hat nur eine Sitzung pro Monat für „eigene“ Themen zur Verfügung. Es ist auch nicht an der Regierungsbildung beteiligt; der Präsident beruft den Premierminister, der allerdings durch ein Misstrauensvotum der Nationalversammlung gestürzt werden kann, was in der Geschichte der V. Republik nur einmal (1962) vorkam. Ansonsten ist der Premierminister (außer in Zeiten der *cohabitation*) vollständig vom Vertrauen des Präsidenten abhängig und übernimmt häufig die Rolle des Sündenbockes; nachdem sich Chirac in der Ära Raffarin zu viel eigene Verantwortung aufgebürdet hat, scheint er mit der Berufung de Villepins wieder die alte Rollenenteilung eingeführt zu haben. Gescheitert ist er allerdings mit seinem Versuch, den Premierminister als Gegenkandidaten zu

Sarkozy ins Spiel zu bringen; spätestens seit der Niederlage de Villepins im Kampf um den „Erstinstellungsvertrag“ musste dieser seine Hoffnungen begraben. Ähnliches gilt auch für die Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, die zu Beginn des Jahres 2007 endgültig ihre Ambitionen auf das Präsidentenamt aufgab.

Villepin und Alliot-Marie gehören zu der schrumpfenden Gruppe der Chirac-Getreuen, die in Sarkozy einen Verräter an der gaullistischen Sache und einen Vätermörder sehen, der seinen einstigen Mentor Chirac bei den Wahlen des Jahres 1995 zugunsten des damaligen Ministerpräsidenten Edouard Balladur im Stich ließ (der dann überraschend gegen Chirac verlor) und der seitdem gegen den Willen des Patriarchen sich dessen Erbe aneignen will. Das „System Chirac“ befindet sich zwar in der Auflösung, aber es hat noch genügend Störpotential, um dem Kandidaten Sarkozy Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dieser – mal offen, mal verdeckt ausgetragene – Familienzwist in der Endphase der Präsidentschaft Chiracs trägt dazu bei, das hohe Amt weiter zu beschädigen.

Dieses Amt bildet den Kern des Systems der V. Republik, von dem Francois Mitterrand einmal (in der Opposition) gesagt hat, es sei „der permanente Staatsstreich“. Als er die Präsidentschaftswahlen von 1981 gewonnen hatte, handelte er in den Worten des sozialistischen Abgeordneten Vincent Peillon nach dem Motto, „schlechte Institutionen vor mir produzieren eine gute Politik mit mir“. Mitterrand, der von 1981 bis 1995 regierte, ist bislang der einzige linke Präsident der V. Republik. Er war wohl auch der letzte, der dieses Amt noch in seiner ganzen monarchischen Prägung ausfüllte. Chirac ist dies, bei aller zeitweisen Popularität, nie so recht gelungen. Diese Tatsache und die zahlreichen Skandale, die seine Regierungszeit begleiteten, haben nicht wenig zur Diskussion um eine neue Republik beigetragen. Doch in die Amtszeit Chiracs fallen auch zwei Veränderungen, die in positiver Weise den Weg dorthin weisen: zum einen die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre und damit die Gleichzeitigkeit

von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen; damit reduzieren sich die Gefahren einer *cohabitation*, das heißt einer Präsidentenfeindlichen Parlamentsmehrheit und eines konkurrierenden Duos von Präsident und Premierminister erheblich. Zum anderen das Gesetz zur Einführung der Geschlechterparität in der Politik, das langfristig das Gesicht der französischen Politik wesentlich verändern wird. All diese Entwicklungen führen Peillon in einer Studie für die Jean-Jaurès-Stiftung zu der Feststellung: „die V. Republik hat schon jetzt nichts mehr mit dem zu tun, was ihre Begründer im Sinn hatten und was sie in den sechziger Jahren war“. Um aber wirklich zu einer „modernen Demokratie“ zu gelangen, bedürfe es der Proklamation der VI. Republik.

Kandidaten der Erneuerung

Peillon gehört ebenso zum Umfeld der sozialistischen Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal wie Arnaud Montebourg, sein einstiger Mitstreiter in der „Nouveau Parti Socialiste“, einem Minderheitsflügel innerhalb der Sozialistischen Partei (PS). Montebourg ist einer der eifrigsten Verfechter der These von der VI. Republik, hat Bücher dazu verfasst und schon vor Jahren eine entsprechende Vereinigung gegründet, die „Konvention für die VI. Republik“. Vielleicht liegt es daran, dass die Kandidatin Ségolène Royal mehr noch als ihr Konkurrent Sarkozy weitgehende Vorstellungen von einer „Wiederbegründung der Republik“ entwickelt, ohne das Wort VI. Republik in den Mund zu nehmen.

Ihr Ausgangspunkt ist dabei die verstärkte „Regionalisierung“, im Gegensatz zu der ihrer Meinung nach von der Regierung Raffarin nur halbherzig betriebenen „Dezentralisierung“, die insbesondere den Regionen zu wenig Finanzmittel an die Hand gab, um die ihnen neu übertragenen Aufgaben auch sinnvoll erfüllen zu können. Diesen Zustand will Royal ändern und für eine effiziente und gerechte Verteilung von Ressourcen und Kompetenzen zwischen Nationalstaat und Regionen sorgen. In einem Interview brachte sie sogar eine Art „Vetorecht“ der Regionen

ins Spiel – eine für das zentralistische Frankreich wahrhaft revolutionäre Forderung, die – würde sie in die Tat umgesetzt – das Gesicht der „einen und unteilbaren Republik“ nachhaltig verändern würde.

Die Regionen und die Dezentralisierung sind das Markenzeichen von Royal und das ist kein Zufall. Aus den Regionalwahlen 2004 ging sie in der Region Poitou-Charentes als strahlende Siegerin hervor, und das in der Heimatregion des seinerzeitigen Premierministers Raffarin, der kurz zuvor mit seinen Dezentralisierungsgesetzen die Regionen gestärkt hatte. Doch ironischerweise wurden die traditionell rechten Bastionen in der Provinz im Frühjahr 2004 regelrecht geschleift, 20 von 22 Regionen im Mutterland fielen an die Linke. Ségolène Royal ist die einzige Frau unter den 22 Regionalpräsidenten und dies verschaffte ihr eine herausragende Stellung und die Aufmerksamkeit der Medien, die sie wohl zu nutzen wusste. Schon damals prognostizierte der erfahrene Regionalpräsident von Nord-Pas-de-Calais, Daniel Percheron, auf Ségolène Royal gemünzt: „Wir sind dabei, das politische System zu ändern, mit der Parität, der fünfjährigen Amtszeit des Präsidenten und vor allem mit der Direktwahl der Regionalpräsidenten. In Frankreich passiert jetzt das gleiche wie in den USA, wo die Gouverneure der Einzelstaaten davon träumen, Washington zu erobern“.

Ségolène Royal ist auf dem besten Wege, von der Region Poitou-Charentes aus Paris zu erobern. Und wurde sie zunächst von den Schwergewichten in der Partei als Provinzlerin abgetan, die mit ihrem Klein-Klein aus ihrer Region selbst in Fernsehdebatten nervte, so verging angesichts ihrer anhaltenden Popularität ihren Gegnern bald das Lachen. Am 16. November 2006 war der zweite Schritt auf dem Weg zur Macht geschafft: nach monatelangem, zum Teil unerfreulichem innerparteilichem Wahlkampf, wurde sie von 60,7 Prozent der PS-Mitglieder triumphal zur Präsidentschaftskandidatin gewählt. Das Ausmaß ihres Sieges wird insbesondere im Vergleich zu den beiden zuletzt übrig gebliebenen Mitbewerbern deutlich: Dominique Strauss-Kahn, früherer Wirtschafts- und Finanzminister und

Chef des sozialdemokratischen Reformflügels, kam auf lediglich 20,6 Prozent, Laurent Fabius, ehemaliger Premierminister, Präsident der Nationalversammlung und mehrfacher Minister, brachte es sogar nur auf 18,7 Prozent. Schon zuvor hatten angesichts des andauernden Höhenfluges von Royal in den Meinungsumfragen weitere Schwergewichte der Partei, wie der frühere Premierminister und Parteivorsitzende Lionel Jospin und der ehemalige sehr populäre Kulturminister Jack Lang, das Handtuch geworfen. Parteichef Francois Hollande, Lebensgefährte der Kandidatin, hatte zwar bis zuletzt ein „natürliches“ Zugriffsrecht beansprucht, aber schließlich im innerfamiliären Wettbewerb zurückgesteckt.

Die Region hat Ségolène Royal die ideale Plattform geliefert, von der aus die medienwirksame Eroberung von Paris ihren Ausgang nimmt. Aber in Frankreich ist es angesichts der starken zentralistisch-jakobinischen Traditionen gerade auf der Linken (noch) undenkbar, mit einem rein „regionalen“ Programm die Macht zu erlangen. Regionalisierung beziehungsweise Dezentralisierung sind in Royals Überlegungen zwar Kernstücke einer „neuen Republik“, aber sie werden geschickt verbunden mit Forderungen nach mehr „direkter Demokratie“, die auf lokaler und regionaler Ebene naturgemäß besser funktioniert als im nationalstaatlichen Bereich. So will sie – in Übereinstimmung mit dem Wahlprogramm der PS – eine Art Volksbegehren einführen (wenn eine Million Bürger, verteilt über 30 Départements, dies verlangen); darüber hinaus tritt sie für „Bürgerjurys“ ein, die die Arbeit der gewählten Funktionsträger auf den verschiedenen Ebenen „begleiten“ sollen. Royal spricht auch von einer „neuen parlamentarischen Republik“, in der das Parlament wieder seine Souveränität zurückerlangen soll, zum Beispiel durch die Abschaffung des Paragraphen 49.3 und des Regierens mittels Verordnungen. Schließlich tritt sie auch für eine „verstärkte soziale Demokratie“ ein und fordert angesichts der Schwäche der französischen Gewerkschaften einen „syndicalisme de masse“ (Massengewerkschaftsbewegung), um den Arbeitgebern auf

gleicher Augenhöhe begegnen und wirkliche Tarifverhandlungen führen zu können. In der Tat sind die Parallelen zwischen politischem und sozialem System nicht zu übersehen: so wie die Schwäche des Parlaments Wahlmüdigkeit oder Straßenproteste hervorruft, so mündet die Schwäche (und Zersplitterung) der Gewerkschaften (nur acht Prozent Organisationsgrad bei fünf gesetzlich anerkannten Gewerkschaften) oft in hektischen Aktionismus und Massenproteste.

Konturen einer „neuen Republik“ lassen sich auch in gezielt gestreuten Bemerkungen der Kandidatin ausmachen, mit denen sie so manche heilige Kuh des republikanischen Establishments in Frage stellte und sich den Zorn vor allem des linken Parteiflügels zuzog. Gleichzeitig war ihr aber das ganze Jahr über die Aufmerksamkeit der Medien gewiß, die solche Tabubrüche genussvoll vor der Öffentlichkeit ausbreiteten. So sprach sie im Januar 2006 von einer wünschenswerten Anwesenheitspflicht von 35 Stunden für die Lehrer – angesichts des hohen Anteils von Lehrern in der PS und ihres hohen Organisationsgrades eine gewagte Provokation. Am 2. Februar äußert sie in einem Interview der *Financial Times* Verständnis für die Politik von Tony Blair, der durch mehr Flexibilität und Sicherheit Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt habe. Wenn man weiß, dass ein Vergleich mit Blair so ziemlich die größte Beleidigung für einen französischen Linken darstellt und selbst Reformen wie Strauss-Kahn sich nur ungern in seine Nähe gerückt sehen, wird die Bedeutung dieser Aussage deutlich. Am 31. Mai präsentierte Royal im Krisen-Département Seine-Saint-Denis, von wo die Vorstadtunruhen im Jahr zuvor ihren Ausgang genommen hatten, eine Serie von Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendgewalt. So sollte für Familien, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen, die Sozialhilfe gestrichen und jugendliche Straftäter in „militärähnliche Einrichtungen“ gesteckt werden, wo sie sich mit „humanitären Projekten“ beschäftigen sollten. Am 5. Juni attackierte sie eine der größten heiligen Kühe der Linken, die unter Lionel Jospin eingeführte 35-Stundenwoche, indem sie deren Ergebnisse

als „zwiespältig“ bezeichnete. Am 3. September schließlich kritisierte sie ein weiteres Tabuthema des republikanischen Staatsverständnisses, die *carte scolaire*, die Kinder zum Besuch der nächstgelegenen Schule verpflichtet, und plädierte für mehr Flexibilität bei der Schulwahl.

Diese geradezu systematische Infragestellung grundlegender republikanischer Werte hat Ségolène Royal beim Wahlvolk offensichtlich nicht geschadet; hinzu kommt, dass sie es geschickt verstanden hat, traditionelle Werte wie die Familie selbst vorzuleben (mit Francois Hollande hat sie vier Kinder), Themen, die den Menschen am Herzen liegen, wie Arbeitslosigkeit und Bildung aufzugreifen und sich in der Umweltpolitik als Vorreiterin zu präsentieren. Und wenn ihr der Vorwurf der politischen Unerfahrenheit und des Provinzlerturns gemacht wird, kann sie auf ihre fast zwanzigjährige parlamentarische Erfahrung und die Tatsache verweisen, dass sie schon drei, wenn auch vergleichsweise bescheidene, Ministerämter bekleidet hat: Umweltministerin 1992-93 sowie beigeordnete Ministerin für das Schulwesen (1997-2000) und für Familie und Kindheit (2000-2002). Und schließlich symbolisiert sie auch als Frau und als Vertreterin einer neuen Generation (sie ist 53 Jahre alt) den von den Franzosen offensichtlich herbei gewünschten Neuanfang.

Dieser Wunsch macht auch eine der Stärken von Nicolas Sarkozy aus. Auch er verkörpert mit 52 Jahren eine neue Generation, auch er rüttelt an den Festen des republikanisch-laizistischen Staatsverständnisses. Seit Monaten liefern sich die beiden Kandidaten ein Kopf-an-Kopf-Rennen in den Meinungsumfragen. Im Mai 2006 lag Sarkozy mit 34 Prozent vor Royal mit 30 (für den ersten Wahlgang), danach führte sie mit knappem Vorsprung, im Dezember lagen sie mit jeweils 33 Prozent gleichauf. Mitte Januar 2007, nach seiner triumphalen Nominierung zum Kandidaten durch die UMP (mit 98,1 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 69 %) führte Sarkozy mit 33 Prozent gegenüber 28 für Royal (im zweiten Wahlgang würde danach Sarkozy mit 52 gegen 48 % siegen). Meinungsumfragen

stellen zwar nur Momentaufnahmen dar, aber sie beeinflussen doch die Meinung der Wähler und Parteimitglieder. Mit Sicherheit war einer der wichtigsten, wenn nicht der ausschlaggebende Faktor für den überwältigenden Sieg von Ségolène Royal bei der Mitgliederbefragung die Überzeugung, dass nur sie Sarkozy schlagen kann. Und umgekehrt gilt genauso, dass bei manchen Widerständen im Regierungslager gegen Persönlichkeit und Politik Sarkozys letztlich der Siegeswille ausschlaggebend sein wird; die Tatsache, dass die meisten Minister, darunter auch etliche alte Chirac-Getreue, sich um Sarkozy geschart haben, macht dies deutlich.

Auch Sarkozy ist beileibe kein neues Gesicht der französischen Politik, aber er hat es verstanden, sich vor allem in Abgrenzung von seinem einstigen Ziehvater Chirac ein unverwechselbares Profil zu schaffen. So kann er es sich leisten, mit Blick auf seine potentielle Präsidentschaft vom „Bruch“ (rupture) zu sprechen, obgleich er seit fünf Jahren an vorderster Stelle der Regierungsverantwortung steht: als Innenminister (2002-2004 und wieder seit Juni 2005) und als kurzzeitiger Wirtschafts- und Finanzminister (April-November 2004). Die kurze Ausphase von November 2004 bis Juni 2005 wurde ihm von Chirac aufgezwungen, als Sarkozy den Vorsitz der Regierungspartei UMP übernahm und der Präsident aus Verärgerung darüber kurzerhand die Unvereinbarkeit von Partei- und Regierungamt deklarierte – eine Regel, die nur acht Monate später nicht mehr zu gelten schien, als Sarkozy triumphal in das Innenministerium zurückkehrte. Mit dieser einmal mehr das Ansehen des Präsidentenamtes schädigenden Volte hat Chirac unfreiwillig das Image Sarkozys als „Erneuerer“ gestärkt: dieser hat seine Unabhängigkeit vom alternden Präsidenten bewiesen, kann sich im wichtigen Amt des Innenministers als starker Mann profilieren und genießt als Parteichef seine Freiheit, ein Wahlprogramm nach seinem Gusto zusammenzustellen.

Doch Sarkozys Ruf als unabhängiger und unorthodoxer Kopf datiert nicht erst aus jüngster Zeit; ebenso wie Ségolène Royal

stellt er immer wieder die grundlegenden Dogmen der republikanischen Orthodoxie in Frage, was ihm bei der Linken, aber auch bei traditionsbewussten Gaullisten die abwertenden Bezeichnungen „Liberaler“, „Neokonservativer“ oder auch „Atlantiker“ eingebracht hat. In Wahrheit entzieht er sich einer eindeutigen Zuordnung und seine politische Überzeugung ist wohl eher als „Mischung aus Liberalismus und Konservatismus, aus Atlantismus und Nationalismus, aus Rigorismus und Öffnung“ zu bezeichnen, so der Historiker (und PS-Politiker) Alain Bergounioux. Diese Mischung, die durchaus Widersprüchlichkeiten in sich birgt, drückt sich auf vielen Gebieten aus. In der Wirtschaftspolitik beispielsweise kritisiert Sarkozy das französische Sozialmodell, weil es zu wenig Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt bietet, er plädiert für mehr Öffnung und Liberalisierung und orientiert sich eher am angelsächsischen Modell. Als Wirtschaftsminister handelte er aber in durchaus etatistischer Tradition, als er rigoros die Interessen der von ausländischer Übernahme bedrohten französischen Unternehmen vertrat. Gleiches gilt für seine Kritik an der Europäischen Zentralbank, in der er sich mit Ségolène Royal einig ist: die einseitige Fixierung auf die Inflationsbekämpfung muß aufhören, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik (gouvernement économique) von Euroland muß her.

Am stärksten aber kommen die Konturen einer „neuen Republik“ in den Bereichen zum Vorschein, in denen Sarkozy am weitesten vom republikanischen Dogma abweicht: in den Fragen von Migration, Integration und Religion. Nach amerikanischem Vorbild plädiert er für „positive Diskriminierung“, um Unruhen, wie im Herbst 2005, vorzubeugen. Für französische Verhältnisse, wo in offiziellen Statistiken weder religiöse noch ethnische Herkunft abgefragt werden dürfen, ist dies eine geradezu revolutionäre Forderung. Und er ist für die Einführung von Quoten bei der Einwanderung, um von einer „aufgezwungenen zu einer ausgewählten Einwanderung“ zu kommen. Schließlich stellt Sarkozy unverhohlen eine der heiligsten Kühe der laizistischen Republik in Frage, das von 1905 datierende Gesetz über die

Trennung von Kirche und Staat. Den Religionen, insbesondere dem Islam, solle mehr offizielle Anerkennung und Hilfe zukommen, um das Abgleiten in den Fundamentalismus zu verhindern. „In den Vorstädten sind die Probleme der Integration in erster Linie ein Problem der Franzosen muslimischer Kultur. Wenn Frankreich die Probleme nicht sehen will, bevor sie explodieren, hat unser Land wenig Chancen, sie zu überwinden“, sagte er in einem Interview im Januar 2004, eineinhalb Jahre vor den Vorstadtunruhen.

Führt dies alles zusammen genommen zu einer „neuen Republik“? Sarkozy hat sich früher nicht gescheut, das Wort VI. Republik in den Mund zu nehmen. Er spricht auch von seinem Wunsch, die Republik zu verändern, weg von jener „der Stabilisierung und Dekolonisierung“ (der V.) hin zu einer Republik „der Modernisierung, die anderen Regeln folgt“. Und er scheint für die Zukunft ein duales politisches System nach amerikanischem Vorbild anzustreben, mit einer verstärkten Rolle des Präsidenten, der auch als Chef der Regierung im Parlament präsent sein würde, und gleichzeitig mit einer ebenfalls gestärkten Nationalversammlung, für die der Gebrauch des Artikels 49.3 limitiert werden soll.

Probleme der Erneuerung

Vor der „neuen Republik“ der beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten steht deren Wahl und ihre Fähigkeit, die vielfältigen Probleme der „alten Republik“ zu lösen – oder besser gesagt: das Zutrauen der Bürger in ihre Problemlösungsfähigkeit. Dabei starten beide aus ganz unterschiedlichen Positionen: Ségolène Royal kommt aus der Opposition und – zumindest dem öffentlichen Eindruck nach – aus der „unbefleckten“ Provinz. Nicolas Sarkozy repräsentiert das abgenutzte Pariser Machtgefüge und steht dennoch in gewisser Distanz zu ihm. Beide Positionen haben Vor- und Nachteile, und beide Kandidaten versuchen naturgemäß, daraus das beste Kapital zu schlagen. Dabei streben beide danach, ihre Schwachpunkte in Stärke

umzuwandeln. So pflegt Royal das Bild einer „Erneuerin“, die wie Phönix aus der Asche aus dem Stand in die hohe Politik aufgestiegen ist und will damit vergessen machen, daß sie seit langem dem Pariser Machtgefüge angehört. Allerdings tat sie das in eher nachgeordneten Positionen, weshalb sie gegenüber dem „verbrauchten“ Sarkozy ihre politische „Jungfräulichkeit“ und Frische hervorhebt. Eine der größten Sorgen des Sarkozy-Lagers im bevorstehenden Wahlkampf ist denn auch, daß Royal beharrlich jeglicher Debatte über Regierungs- und internationale Erfahrung ausweicht und gerade ihre Distanz zum Pariser Apparat betont.

Sarkozy will hingegen aus seiner langen Regierungserfahrung Kapital schlagen und setzt darauf, daß im entscheidenden Augenblick die Franzosen angesichts einer zunehmend unsicheren Welt der größeren politischen Erfahrung und Entscheidungsfreudigkeit vertrauen. Bei aller Distanz zum System Chirac und zur Regierung, der er seit fast fünf Jahren angehört, will er doch von deren (wenigen) Erfolgen profitieren, ohne sich mit ihren Misserfolgen identifizieren zu lassen, wie er dies erfolgreich in der Krise um den „Ersteinstellungsvertrag“ tat, als er demonstrativ auf Distanz zu Premierminister de Villepin ging. Zu den Erfolgen der Regierung zählt Sarkozy naturgemäß an erster Stelle sein eigenes Wirken als Innenminister bei der Kriminalitätsbekämpfung. Seine Bilanz, die er Anfang 2007 präsentierte, sieht indes durchwachsen aus: Zwar ging die Kriminalität seit 2002 um 9,4 Prozent (1,3 % im Jahr 2006) zurück, doch stiegen gleichzeitig die willkürlichen, also nicht mit Eigentumsdelikten verbundenen Gewalttaten gegen Personen, um 13,9 Prozent. Das positive Bild einer sonst in allen anderen Bereichen rückläufigen Kriminalität und einer höheren Aufklärungsquote wird dadurch erheblich getrübt, denn es sind diese brutalen Attacken ohne erkennbares Motiv, die in den Medien große Resonanz finden. Diese Gewalttaten finden überwiegend in den Vorstädten statt, die im Herbst 2005 in Flammen aufgingen; trotz aller vollmundigen Ankündigungen, die schwierigen Verhältnisse dort zu verbessern, hat sich kaum etwas an der dramati-

schen Lage verändert. Im Gegenteil: ein Bericht des Präfekten des Departements Seine-Saint-Denis zeigt einen drastischen Anstieg der Gewaltkriminalität seit den Unruhen, der durch Berichte weiterer Präfekten aus anderen Landesteilen bestätigt wird. In dem berüchtigten Departement „93“ (im Slang der Vorstadtjugendlichen: „neuf-trois“) vor den Toren von Paris sind zwei Drittel der Bewohner Ausländer oder Nachkommen von Einwanderern, vor allem aus dem Maghreb und den (islamischen) Ländern des früheren Französisch-Westafrika. Dort hatten die Unruhen von 2005 ihren Ausgang genommen und dort breitet sich der ethno-religiöse, mit kriminellen Elementen untermischte „Kommunitarismus“ nahezu ungehindert aus, vor dessen Existenz der größte Teil der politischen und intellektuellen Klasse Frankreichs beharrlich die Augen verschließt.

(Mangelnde) Integration und Gewalt hängen offensichtlich zusammen, auch wenn dies im offiziellen Diskurs nur selten thematisiert wird. Verwandt damit sind die Probleme von illegaler Einwanderung und Asylsuche. Auch hier hat Sarkozy eine in seinen Augen positive Bilanz vorgelegt: Die Zahl von Asylgesuchen ging 2006 um nicht weniger als 35 Prozent auf 35 000 Gesuche zurück, nach zehn Prozent Rückgang im Jahre 2005. Gleichzeitig wurden 2006 24 000 „Illegale“ in ihre Heimatländer zurückgeschickt; zwischen 2002 und 2006 stieg die Zahl der „Rückführungen“ um 140 Prozent.

Sarkozys Pech ist, daß die Themen „innere Sicherheit“ und „Migration/Integration“ nicht mehr die dominierende Rolle spielen, wie im Wahljahr 2002, als der Chef der „Nationalen Front“, Jean-Marie Le Pen, mit entsprechenden Parolen den zweiten Platz vor dem Sozialisten Lionel Jospin einnahm und in die Stichwahl gegen Jacques Chirac kam, der ebenfalls das Thema innere Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Kampagne gestellt hatte. Sie bleiben aber gleichwohl auf der Tagesordnung, und können jederzeit durch entsprechende Ereignisse wieder in den Mittelpunkt rücken. Nach einer Meinungsumfrage von Mitte Dezember 2006 finden sich diese Themen unter den

ersten 15 prioritären Problemen aus der Sicht der Franzosen: innere Sicherheit steht mit 60 Prozent an fünfter Stelle, die Krise der Vorstädte mit 43 Prozent an 11., Migration mit 37 Prozent an 14. Stelle. Im Vordergrund aber stehen wirtschaftliche und soziale Probleme, an erster Stelle Arbeitslosigkeit und Bildung (jeweils 66 %), sodann das Gesundheitssystem und die Renten (jeweils 61 %). Vor allem in punkto Arbeitslosigkeit kann Sarkozy Erfolge vorweisen, auch wenn dies weniger seiner kurzen Amtszeit als Wirtschaftsminister zu verdanken ist, wie insgesamt wohl eher die günstige internationale Entwicklung als die Regierungsarbeit dazu geführt hat, daß die Arbeitslosigkeit zwischen November 2005 und November 2006 um zehn Prozent zurückging: von 10,1 Prozent auf 8,7 Prozent (das entspricht 2 120 000 Arbeitslosen). Das staatliche Statistikinstitut *Insee* rechnet mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 8,2 Prozent bis Mitte 2007 – das wäre die niedrigste Arbeitslosenrate seit 1983, den ersten Amtsjahren von Francois Mitterrand.

Sind diese Daten schon ein gutes Schmieröl für die Wahlkampagne Sarkozys, so kommt hinzu, daß nach den Voraussagen des *Insee* das Wirtschaftswachstum nach 2,1 Prozent im Jahre 2006 auch 2007 noch um 1,8 Prozent zulegen wird – trotz schlechter werdender internationaler Rahmenbedingungen. Zu danken ist dies – im Unterschied zu Deutschland – in erster Linie der anhaltenden Konsumlust der Franzosen, die wiederum auf die weiter zunehmende Kaufkraft der Bevölkerung zurückzuführen ist. Diese nahm 2005 um 1,3 Prozent, 2006 um 2,4 Prozent zu und wird laut *Insee* Mitte 2007 bei 2,5 Prozent Zuwachs liegen. Genau diese drei Themen – Arbeitslosigkeit, Kaufkraft und Wachstum – sollten im Mittelpunkt der sozialistischen Wahlkampagne stehen; ob angesichts der positiven Wirtschaftsdaten die Luft aus der PS-Kampagne heraus ist, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat, ist aber schwer zu sagen. Noch führt Ségolène Royal in zwei dieser drei Fragen in der Einschätzung der Franzosen, wer diese Probleme am besten lösen kann: in Sachen Kaufkraft mit 45 gegenüber 32

Prozent, bei der Arbeitslosigkeit knapp mit 39 gegenüber 37 Prozent. Hingegen trauen 44 Prozent der Befragten eher Sarkozy zu, das Wachstum anzukurbeln, als Royal (34 %). Bei anderen wichtigen Themen halten sich die beiden Kontrahenten die Waage: in der Bildungsfrage vertrauen 52 Prozent Royal und nur 29 Prozent Sarkozy; umgekehrt verhält es sich bei den Problemen der inneren Sicherheit (64 zu 21 %) und der Einwanderung (58 zu 24 %).

Vertrauenskrise und Politikverdrossenheit

Das Duell Sarkozy-Royal (im Medienjargon als „Ségo-Sarko“ postuliert) dominiert seit Anfang 2006 die öffentliche Wahrnehmung in Frankreich. Kaum ein Tag, an dem nicht der eine oder die andere auf der Titelseite eines Magazins oder in einer Fernsehshow erscheint. Doch die mediale Welt entspricht nicht unbedingt der realen Welt: neben „Ségo-Sarko“ gibt es auch noch andere Kandidaten und andere Probleme. Und die Kandidaten – präziser: die Zahl der Kandidaten – sind ein gewichtiger Teil der Probleme. Auch am 22. April 2007 – beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl – wird die Zahl der Kandidaten sich wie 2002 im zweistelligen Bereich bewegen, und wie schon immer in der Geschichte der V. Republik wird keiner der Kandidaten im ersten Durchgang die notwendige Mehrheit von über 50 Prozent erzielen. Die Zersplitterung der Linken und die irreführenden Meinungsumfragen hatten 2002 den sozialistischen Kandidaten Jospin den Einzug in die Stichwahl gekostet; für 2007 sehen nicht wenige eine ähnliche Konstellation voraus, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: nicht die linke Kandidatin Ségolène Royal sondern der rechte Kandidat Nicolas Sarkozy könnte diesmal gefährdet sein. Und der Herausforderer ist wieder der Gleiche: Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des rechtspopulistischen „Front National“ (FN), der in den Umfragen sich weit abgeschlagen zwischen 10 und 17 Prozent an dritter Stelle bewegt. Doch zum gleichen Zeitpunkt vor den Wahlen des Jahres 2002 wurde Le Pen nur mit 8-10 Prozent ge-

handelt und erhielt dann schließlich 16,9 Prozent. Bedenkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Mitte Dezember 2006 in einer Meinungsumfrage sich 26 Prozent der Befragten mit den Vorstellungen von Le Pen identifizierten. Neben Le Pen kandidieren im rechten Spektrum noch der Vorsitzende der zentristischen UDF (Union pour la Démocratie Française), Francois Bayrou, dem zwischen sieben und zehn Prozent der Stimmen zugetraut werden (und der offen für eine VI. Republik eintritt) und der „Souveränist“ Philippe de Villiers, der um die fünf Prozent erhalten wird.

Auf der Linken geht es nicht weniger zersplittert zu: neben der kommunistischen Parteichefin Marie-George Buffet werden die Grüne Dominique Voynet sowie die Trotzlisten Arlette Laguiller und Olivier Besancenot antreten – zusammen ein Potential von 10 bis 15 Prozent der Stimmen. Trotz dieser für europäische Verhältnisse radikalen Szenerie ist diese den Globalisierungsgegnern noch nicht radikal genug: sie suchen den Antiglobalisierungs-Star José Bové zur Präsidentschaftskandidatur zu überreden. In einem Punkt hat allerdings Ségolène Royal einen vielleicht entscheidenden Vorteil gegenüber Lionel Jospin: sie hat es verstanden, den linksnationalen früheren PS-Innen- und Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement auf ihre Seite zu ziehen, den viele in der PS für die Niederlage von Jospin verantwortlich machen (Chevènement erhielt 2002 5,3% der Stimmen). Der Preis dafür ist möglicherweise ein europakritischer Diskurs, wie er in der Kritik an der Europäischen Zentralbank zum Ausdruck kam, denn Chevènement gehörte beim Referendum im Mai 2005 zu den deutlichsten Gegnern des Europäischen Verfassungsvertrages. Für Royal wie Sarkozy ist eine der zentralen wahlstrategischen Überlegungen, die Gegner der europäischen Verfassung, die im Mai 2005 mit 55 Prozent der Stimmen siegten, in ihre proeuropäische Politik einzubeziehen.

Die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages war auch ein Ausdruck des tiefsitzenden Misstrauens der Bürger gegenüber jeglichen politischen Instanzen

und Persönlichkeiten. Dieses Misstrauen drückt sich auch zunehmend im Wahlverhalten aus: bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl im Jahr 2002 wurde mit 28,4 Prozent eine Rekordmarke der Nichtbeteiligung registriert. Hinzu kommt ein stetiger Rückgang der Stimmen für die vier großen Parteien, die sich in der V. Republik stets in der Regierung ablösten (UMP, UDF, PS und PC) und deren Kandidaten zusammen genommen 2002 erstmals unter der 50-Prozent-Marke blieben. Die Kehrseite dieser Medaille ist neben der sinkenden Wahlbeteiligung der Stimmenzuwachs für extremistische und populistische Parteien und Bewegungen. Dieses Verhalten ist Ausdruck des geringen Vertrauens der Bürger in Politik und Politiker, noch schlimmer: in die Demokratie. So glauben nur 30 Prozent der Bürger, daß „die Politiker sich darum kümmern, was die kleinen Leute denken“ (es ist dieses Gefühl des Im-Stich-gelassen-werdens, das Ségolène Royal geschickt aufgreift, wenn sie betont, daß sie in erster Linie „zuhören“ und nicht fertige Rezepte aufzischen möchte und wenn sie statt klassischer Wahlveranstaltungen ihre „partizipativen Versammlungen“ abhält). Nur noch 43 Prozent der Franzosen denken, daß „die Demokratie in Frankreich gut funktioniert“; 53 Prozent glauben das Gegenteil. Und dieses Misstrauen trifft die Linke wie die Rechte: 69 Prozent haben weder in die eine noch die andere Vertrauen, und auf einer Links-Rechts-Skala stellen die größte Gruppe mit 37 Prozent diejenigen, die sich weder der Linken noch der Rechten zurechnen (24 % zählen sich zur Linken, 17 % zur Rechten, 15 % zur Mitte und jeweils 3 % zur extremen Linken und Rechten).

Einer der Gründe für die zunehmende Politikverdrossenheit ist nach Einschätzung des Politologen Pascal Perrineau das Versagen der großen gesellschaftlichen Organisationen – allen voran Parteien und Gewerkschaften – wie früher als Transmissionsriemen für die Bedürfnisse und Nöte der Bevölkerung zu funktionieren. Mit acht Prozent ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich einer der niedrigsten in der Europäischen Union. Die Parteien haben seit einem Vierteljahrhundert einen perma-

nenten Erosionsprozeß erlebt und nur noch zwei Prozent der Bevölkerung sind Mitglied einer Partei. „Parteien und Gewerkschaften werden immer stärker zu ‚professionellen‘ Organisationen, die sich immer mehr von der Gesellschaft entfernen“, stellt Perrineau fest. Dafür steigt – für Frankreich geradezu sensationell – das Ansehen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der privaten Unternehmen. In einer Umfrage Mitte Januar 2007 standen diese mit 87 und 77 Prozent an erster und dritter Stelle des Ansehens; politische Parteien landeten mit 36 Prozent abgeschlagen auf dem 13. Platz.

Auf der anderen Seite ist jedoch das Interesse der Bevölkerung an der Politik ungebrochen; 71 Prozent der Bürger interessieren sich für die Präsidentschaftswahlen. Dazu hat mit Sicherheit das von den Medien angeheizte Duell „Ségo-Sarko“ beigetragen, aber eben auch die schillernde Persönlichkeit beider Kandidaten. „Ségo“ und „Sarko“ sind auch in erster Linie verantwortlich dafür, daß seit Anfang 2006 der Mitgliederschwund zumindest der beiden großen Parteien UMP und PS gestoppt werden konnte. Beide Parteien lockten mit einfachen Beitrittsformeln (etwa über das Internet) und niedrigen Mitgliedsbeiträgen (20 Euro pro Jahr bei den Sozialisten). Doch dies waren nur die Beigaben für die eigentliche Attraktivität: das Hauptmotiv für die Neumitglieder war es, in den jeweiligen innerparteiliche Mitgliederbefragungen mit abstimmen zu können und in beiden Parteien wird der Anteil derjenigen, die wegen Royal beziehungsweise Sarkozy eingetreten sind, auf über zwei Drittel geschätzt. So stieg die Zahl der Mitglieder der UMP zwischen Anfang 2006 und Anfang 2007 von 130 000 auf 330 000, die der PS von 120 000 auf 280 000. Für beide Parteien könnte dies das Ende ihrer Rolle als Funktionärspartei bedeuten; immerhin bekleideten bei den Sozialisten im Jahre 2005 ein Drittel der Mitglieder Wahlämter, während es jetzt nur noch 14 Prozent sind.

Doch wahrscheinlicher ist, daß diese Entwicklung zu einer von manchen begrüßten, von vielen aber beklagten „Präsidialisierung“ und „Amerikanisierung“ des fran-

zösischen Parteienwesens und darüber hinaus des politischen Systems insgesamt führt. Die neuen Mitglieder in beiden Parteien sind in ihrer großen Mehrheit keine *militants* der klassischen Art, die sich im Parteileben engagieren und im Wahlkampf Plakate kleben. Sie sind eingetreten, um bei der Vorauswahl des zukünftigen Präsidenten mitbestimmen zu können und es ist zu vermuten, daß der größte Teil von ihnen danach kaum noch im Parteileben aktiv sein wird, wenn nicht gar seine Mitgliedschaft einfach „einschlafen“ lässt. Würde sich dies bestätigen, so bedeutete dies in der Tat eine „Amerikanisierung“ der französischen Politik in dem Sinne, daß die Parteien zunehmend zu Präsidenten-Wahlvereinen sich entwickeln, die nur in Wahlzeiten zu wachem Leben erwachen. Dieser Trend würde noch verstärkt, wenn – wie von der PS zeitweise ins Spiel gebracht – richtige Vorwahlen abgehalten würden. Und die Direktwahl der Regionalpräsidenten stärkt diese Tendenz und ergänzt sie auch auf regionaler Ebene.

So könnte die von der PS schon länger praktizierte, von Sarkozy nur gegen heftige Widerstände durchgesetzte innerparteiliche Demokratie mit der Direktwahl des jeweiligen Präsidentschaftskandidaten, der nicht länger hinter verschlossenen Türen von grauen Eminenzen ausgehandelt wird, die Demokratieverdrossenheit stoppen und der politischen Klasse wieder mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Dies würde aber zugleich auch die plebiszitären und Persönlichkeitsorientierten Elemente verstärken und die Frage nach der Rolle des Parlamentarismus aufwerfen. Wer von beiden am Abend des 6. Mai auch immer als Sieger dastehen wird, Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy werden eine Balance zwischen diesen verschiedenen, zum Teil widersprüchlichen Elementen finden und – wollen sie ihrem Anspruch gerecht werden – die Umrisse einer neuen (VI.) Republik definieren müssen.